

N i e d e r s c h r i f t

**über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Baesweiler
im Sitzungssaal des Rathauses Setterich am 15. Januar 2013**

Beginn: 18.00 Uhr
Ende: 19.10 Uhr

Anwesend waren:

a) Bürgermeister Dr. Linkens als Vorsitzender
(stimmberechtigt gem. § 57 Abs. 3 GO NRW)

b) stimmberechtigte Mitglieder:

Beckers, Rolf	Menke, Wilfried
Bockmühl, Gabriele	Mohr, Bruno
Burghardt, Jürgen	Mohr, Christoph
Dederichs, Norbert	Puhl, Mathias
Geller, Herbert	Reiprich, Hans-Dieter
Hummes, Dieter	Scheen, Wolfgang
für Lankow, Wolfgang	Schmitz, Hendrik
Mandelartz, Alfred	

Entschuldigt fehlte das Ausschussmitglied Jürgen Zantis.

c) von der Verwaltung:

I. und Techn. Beigeordneter Strauch
Beigeordneter Brunner
StAR Jansen
StVR Derichs
StA-frau Fliegen
StAR'in Wetzel als Schriftführerin

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses waren durch Einladung vom 08.01.2013 für Dienstag, 15.01.2013, 18.00 Uhr, unter Mitteilung der Tagesordnung in den Sitzungssaal des Rathauses Setterich einberufen worden.

Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht worden.

Bürgermeister Dr. Linkens stellte fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig war.

Er bat, die Tagesordnung um den Punkt 6a) im nicht öffentlichen Teil "Vergabe des Auftrages zur Lieferung von 3 Transportern (Leasingfahrzeuge) für den städtischen Bauhof bzw. für das Sozialamt" zu erweitern.

Der diesbezügliche Beschluss wurde einstimmig gefasst.

T A G E S O R D N U N G

A) Öffentliche Sitzung

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 06.11.2012
2. Beratung über evtl. Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2013
3. Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2013
4. Beteiligungsbericht 2013 der Stadt Baesweiler
5. Mitteilungen der Verwaltung
6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) Nicht öffentliche Sitzung

- 6a. Vergabe des Auftrages zur Lieferung von 3 Transportern (Leasingfahrzeuge) für den städtischen Bauhof bzw. für das Sozialamt
7. Mitteilungen der Verwaltung
8. Anfragen von Ausschussmitgliedern

A) Öffentliche Sitzung

1. **Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 06.11.2012**

Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 06.11.2012 wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

2. Beratung über evtl. Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2013

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Haushaltsjahr 2013 liegt nach öffentlicher Bekanntmachung am 19.12.2012 in der Zeit vom 19.12.2012 bis einschließlich 29.01.2013 öffentlich aus. Bis einschließlich 09.01.2013 können Einwohner oder Abgabepflichtige Einwendungen gegen diesen Entwurf erheben.

Bis zu dem o.g. Termin wurden keine Einwendungen erhoben, sodass eine Beschlussfassung entfiel.

3. Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung mit -plan und Anlagen der Stadt Baesweiler für das Jahr 2013

Der Entwurf der Haushaltssatzung mit Plan und Anlagen für das Jahr 2013 ist dem Stadtrat in seiner Sitzung am 18.12.2012 zugeleitet worden.

Anlässlich der Einbringung wurde bereits darauf hingewiesen, dass erforderliche Änderungen zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses bzw. zur Stadtratssitzung am 29.01.2013 mitgeteilt werden.

1. Änderungen im Ergebnisplan:

Im Ergebnisplan ergeben sich nur wenige Änderungen.

Bei den Erträgen muß aufgrund der mittlerweile vorliegenden 2. Modellrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2013 der Ansatz der Schlüsselzuweisungen von bislang 10.558.000 € auf 10.500.000 € gesenkt werden. Diese Verschlechterung wird aber teilweise wieder aufgefangen durch höhere Kompensationsleistungen aufgrund des Familienlastenausgleichs und durch Kompensationsleistungen aufgrund des Steuervereinfachungsgesetzes (zusammen 43.500 €).

Bei Produkt 01-11-10 (An-/Verpachtung, An-/Verkauf) sind weiterhin Erträge aus der Veräußerung von Baugrundstücken (Sachkonto 454258) in Höhe von 1,1 Mio.€ veranschlagt. Nachdem die Kommunalaufsicht zunächst verfügt hatte, dass entsprechende Erträge nicht mehr im Ergebnisplan zu veranschlagen und zu verbuchen sind, erhielt die Stadt am 20.12.2012 auf ihren Antrag hin die Mitteilung, dass die entsprechenden Veranschlagungen wie im Haushaltsplanentwurf der Stadt Baesweiler vorgenommen belassen werden können. Das Ministerium für Inneres und Kommunales hat angekündigt, eine Handreichung zur grundsätzlichen Klärung und weiteren Handhabung dieser Problematik zu erarbeiten.

Auf der Aufwandsseite ergeben sich aufgrund eines Ausschreibungsergebnisses höhere Aufwendungen von 1.000,00 € bei der maschinellen Straßenreinigung (Produkt 12-04-01, Sachkonto 529108) und von 3.000,00 € bei der Sinkkasten-

reinigung (Produkt 11-03-01, Sachkonto 524113). Des weiteren muß der Ansatz für außerordentliche Instandhaltungsmaßnahmen (Sachkonto 521500) bei Produkt 01-11-04 (Schulgebäude einschließlich Turnhallen) von 485.000,00 € um 51.000,00 € auf 536.000,00 € erhöht werden. Es handelt sich hierbei um Nachveranschlagungen aufgrund von Maßnahmen aus dem Haushaltsjahr 2012, die in diesem nicht fertiggestellt werden konnten. Sie betreffen die Mehrzweckhalle Loverich, die Realschule und die Turnhalle Wolfsgasse.

Dagegen kann jedoch der Ansatz der Jugendamtsumlage von bislang 7.368.500 € um 318.000 € auf 7.050.000 € reduziert werden. Die Städteregion hat diesbezüglich mitgeteilt, dass ein Defizit im Jugendamtsbereich aus dem Jahr 2009 (2,165 Mio €) zu einem großen Teil durch einen Überschuss aus dem Jahr 2010 (ca. 700.000 €) und Konnexitätszahlungen des Landes zur U3-Betreuung für die Kindergartenjahre 2011/2012 u. 2012/2013 (ca. 1 Mio €) gedeckt werden konnte. Verbesserungen aufgrund höherer Umlagegrundlagen der Jugendamtskommunen (rd 1,2 Mio. €) werden zum einen zur Deckung des restlichen Defizits verwendet, zum anderen an die Jugendamtskommunen zurück gegeben, was zur Senkung des Ansatzes für 2013 führt.

Die vorstehend erläuterten Planansatzveränderungen des Ergebnisplans sind in der der Originalniederschrift beigefügten Anlage 1 dargestellt.

Der Gesamtbetrag der Erträge reduziert sich somit von 48.898.862 € um 14.500 € auf 48.884.362 €. Der Gesamtbetrag der Aufwendungen sinkt von 51.290.970 € um 263.000 € auf 51.027.970 €.

Es ergibt sich somit ein neuer Fehlbetrag von 2.143.608 € (bislang: 2.392.108 €).

Da die Ausgleichsrücklage durch die Defizite der vergangenen Jahre bereits aufgezehrt ist, wird der in § 4 der Haushaltssatzung auszuweisende Betrag zur Verringerung der allgemeinen Rücklage somit ebenfalls auf 2.143.608 € festgesetzt.

Änderungen im Finanzplan:

Bei den ebenfalls in der Anlage 1 zur Originalniederschrift aufgeführten Anpassungen im Finanzplan handelt es sich fast ausschließlich um Nachveranschlagungen von Investitionen, die in 2012 zwar geplant, aber entweder noch nicht begonnen wurden, nicht fertig gestellt werden konnten bzw. für die noch nicht alle Schlussrechnungen bis zum 31.12. 2012 geprüft vorlagen.

Lediglich die geplante Dirt-Bike-Anlage mit erwarteten Gesamtkosten von 7.600 € (I2013-0020) und einem ebenfalls erwarteten Zuschuss von 3.800 € sowie die Planungskosten zum Ausbau der Albertstraße (I2013-0021) stellen neue Maßnahmen dar.

Hinsichtlich der Investitionsnummern I2012-0018 und I2013-0006 (Kanal- und Straßenbau Im Weinkeller) wurde irrtümlich nur der Ansatz für den Straßenbau, nicht aber für den Kanal veranschlagt. Dies wurde jetzt korrigiert. Da damit zu

rechnen ist, dass der Straßenbau nicht vollständig in 2013 erfolgen wird, wurde der Ansatz gesplittet.

Der Gesamtbetrag der Nachveranschlagungen für Investitionsmaßnahmen beläuft sich auf 1.249.750 €. Die diesbezüglich erwarteten Zuschüsse belaufen sich auf 203.890€.

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2013 für Investitionen möglich ist, wurde im Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 mit 3.547.870 € festgesetzt. Durch die in der Originalniederschrift beigefügten Auflistung dargestellten Veränderungen für die Finanzierung der Investitionen steigt der Kreditbedarf auf 4.593.730 €. Da es sich hierbei nahezu ausschließlich um Verschiebungen aus dem Jahr 2012 handelt, bedeutet dies, dass die Kreditemächtigung gemäß Haushaltsplan 2012 entsprechend sinkt. Im Ergebnis bedeutet dies somit keine zusätzliche Kreditaufnahme.

In der Eröffnungsbilanz wurden Instandhaltungsrückstellungen gebildet, die bis auf einen Restbetrag in den Vorjahren zur Auszahlung gekommen sind. Ein Restbetrag in Höhe von 181.200 € konnte in 2012 nicht wie geplant verausgabt werden und wird daher in 2013 verausgabt. Diese Auszahlungen belasten nicht den Ergebnisplan und erhöhen nicht den Kreditbedarf.

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionsauszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist (§ 3 der Haushaltssatzung) wird von 3.152.600 € um 197.500 € auf 2.955.100 € reduziert.

Die SPD-Fraktion hat mit Schreiben vom 05.01.13 Anträge zum Haushalt gestellt, die der Originalniederschrift als Anlagen 2, 3 und 4 beigefügt sind.

Fraktionsvorsitzende Bockmühl der SPD-Ratsfraktion erläuterte zunächst den Antrag auf Mittelbereitstellung in Höhe von 15.000 € für die Errichtung eines Bolzplatzes im Bereich Erich-Klausener-Straße / Kurt-Schumacher-Straße. Das Thema sei in der letzten Sitzung des Bau- und Planungsausschusses angesprochen worden. Es gehe der SPD-Fraktion darum, den Bedarf an Bolzplätzen zu decken. Zwar sei im Jahre 2010 von Vivawest eine Wiese zur Verfügung gestellt worden, dort befinde sich aber zwischenzeitlich nur noch eine "Buckelpiste" ohne Tore und Umzäunung.

I. und Techn. Beigeordneter Strauch erinnerte daran, dass der in diesem Bereich vorhandene Bolzplatz in der Kurt-Schumacher-Straße wegen Anwohnerbeschwerden vor einigen Jahren aufgegeben wurde. Gleichzeitig wurde nach einem Ersatz gesucht. Eine Ersatzfläche im Eckbereich Ludwig-Erhardt-Ring / Geilenkirchener Straße wurde nach Beratung im Bau- und Planungsausschuss wegen der ungünstigen Verkehrslage verworfen. Alternativ wurden Gespräche mit Vivawest geführt, da in dem betroffenen Bereich keine städtische Fläche vorhanden ist.

Daraufhin wurde von Vivawest eine Fläche zur Verfügung gestellt, die auch eingeebnet wurde und auf der 2 Tore aufgestellt wurden. Dieser Bolzplatz wurde vor einigen Monaten wegen der Baustelle für ein Mehrfamilienhaus abgebaut. Erneut hätten Gespräche mit Vivawest stattgefunden mit dem Ergebnis, dass im Frühjahr wieder eine freie Fläche der Vivawest zur Verfügung stehe, auf der ein Bolzplatz eingerichtet werden könne. Diese Maßnahme sehe die Verwaltung als ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Es sei nicht notwendig, dass hierfür zusätzliche 15.000 € zur Verfügung gestellt werden müssen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Puhl bezog sich auf die Ausführungen von Herrn Strauch und stellte fest, dass eine Lösung für die erneute Einrichtung des Bolzplatzes im Bereich der Erich-Klausener-Straße / Kurt-Schumacher-Straße auch ohne städtische Mittel möglich sei. Der Antrag der SPD-Fraktion werde deshalb nicht mitgetragen.

Fraktionsvorsitzender Beckers der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stellte den Haushaltsansatz in Höhe von insgesamt 40.000 € für Spielplätze, Spielgeräte und einen Bolzplatz heraus. Mit diesen 40.000 € bestehe genügend Raum für Gestaltungsmöglichkeiten. Die Problematik sehe er weniger in mangelnden Spiel- und Bolzplätzen als vielmehr darin, die vorhandenen Plätze in einem ordentlichen bespielbaren Zustand zu erhalten. Eine zusätzliche Mittelbereitstellung in Höhe von 15.000 € sehe er ebenfalls nicht für notwendig an.

Frau Bockmühl betonte, dass die Einrichtung des Bolzplatzes im Bereich der Erich-Klausener-Straße / Kurt-Schumacher-Straße nicht an fehlenden Finanzmitteln scheitern dürfe. Soweit die Verwaltung zusichere, dass der Bolzplatz aus den angesetzten Haushaltsmitteln finanziert werden könne, halte ihre Fraktion nicht an dem Antrag fest.

Dr. Linkens erklärte, dass die Tore vorhanden seien und im Frühjahr auch wieder eine Fläche seitens der Vivawest zur Verfügung stehe. Einvernehmlich werde daher über den Antrag nicht abgestimmt.

Frau Bockmühl erläuterte sodann den 2. Antrag der SPD-Fraktion zur Beibehaltung des Ansatzes für Ortsplanungen im Produkt 09-01-01 in Vorjahreshöhe von 70.000 €. Dies halte sie für notwendig, da im Jahre 2013 zahlreiche Planungsaufgaben anstünden, darunter die Beplanung des Bereiches am Feuerwehrturm, die Umsetzung des Konzeptes zum Anschluss der Stadt Baesweiler an die Euregiobahn sowie weitere Bebauungsplanverfahren. Im Jahre 2012 habe der Ansatz für Ortsplanungen 70.000 € betragen, für das Jahr 2013 sei der Ansatz auf 50.000 € reduziert worden.

Herr Strauch erläuterte, dass sich die gebildeten Hausansätze nach den von der Verwaltung erwarteten Planungsaufgaben richteten, die von Jahr zu Jahr schwankten. Im Ergebnis wurden für das Jahr 2011 z.B. 35.000 € für Planungen benötigt. Dieser Ansatz befinde sich deutlich unter dem Ansatz für das Jahr 2013 in Höhe von 50.000 €. Eingehend auf die Planungen am Feuerwehrturm in Baesweiler erklärte er, dass dort sinnvollerweise ein vorhabenbezogenes Bebauungsplanverfahren durchgeführt werde. Dies bedeute, dass der Investor

auch die Gutachterkosten für sein konkretes Projekt übernehme. Insoweit entstünden der Stadt Baesweiler keine nennenswerten Kosten.

Dies gelte in gleicher Weise für die Planung der Euregiobahn, die auf Seiten des NVR erfolge, sodass hier auch die Kosten entstünden. Die weiteren von Frau Bockmühl angesprochenen Bebauungsplanverfahren seien in dem Ansatz von 50.000 € berücksichtigt.

Herr Beckers schloss sich der Auffassung der Verwaltung an, dass die im Haushalt bereitgestellten 50.000 € ausreichen, soweit die Planung des Zentrums in Baesweiler von dem Investor übernommen werde. Er stellte klar, dass die Personalkosten für Mitarbeiter der Verwaltung, die mit Planungsaufgaben betraut seien, separat im Haushalt aufgeführt seien. Hinsichtlich der Anbindung an die Euregiobahn sei das Ergebnis der Machbarkeitsstudie nunmehr Grundlage für weitere Planungen. Die Umsetzung und Realisierung werde aber noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Die Zeit bis dahin solle genutzt werden, um flankierende Maßnahmen voranzutreiben. Hier sei noch vieles zu tun. Den Ansatz von insgesamt 50.000 € halte er aber für ausreichend.

Herr Mandelartz betonte, dass im vergangenen Jahr 70.000 € für Planungen im Haushalt veranschlagt wurden. Mit ihrem Antrag wolle die SPD sicherstellen, dass der Verwaltung die notwendigen Mittel zur Verfügung stünden, um die anstehenden Planungen durchzuführen.

Herr Puhl sprach sich gegen den SPD-Antrag aus.

Sodann ließ Dr. Linkens über den SPD-Antrag abstimmen:

Der Antrag der SPD-Fraktion auf Beibehaltung des Ansatzes für Ortsplanungen im Produkt 09-01-01 in Höhe von 70.000 € wurde mit 12 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Frau Bockmühl erläuterte ausführlich ihren Antrag zur Erstellung eines Konzeptes für ein würdiges Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in der Stadt Baesweiler anlässlich des 75-jährigen Gedenkens an die Pogrome der sogenannten Reichskristallnacht am 09. November 1938, der der Originalniederschrift als Anlage 4 beigelegt ist.

Es gehe im Wesentlichen um eine Kultur des Erinnerns und der Verantwortung. Es solle in Kooperation mit den Schulen die stete Erinnerung an die Gräueltaten des Nationalsozialismus nachhaltig erhalten bleiben. Hierfür müssten ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Dr. Linkens betonte, dass die Notwendigkeit des Erinnerns unstrittig sei. Die Stadt Baesweiler arbeite bereits seit einigen Monaten mit den Geschichtsvereinen zusammen. In der nächsten Sitzung des Kultur- und Partnerschaftsausschusses werde die konkret vorbereitete Gedenkfeier vorgestellt. Der zuständige Rabbi habe bereits seine Teilnahme an der Veranstaltung zugesagt.

Außerdem plane der Geschichtsverein in Zusammenarbeit mit der Verwaltung eine Ausstellung. Anlässlich des Erinnerns an die Reichspogromnacht erstellten die Geschichtsvereine ein Buch. Die Verwaltung habe ihre Unterstützung zu allen konkreten Vorschlägen zugesagt. Dr. Linkens hielt es jedoch für verfehlt, einen konkreten im Haushalt festgesetzten Geldbetrag zur Kernaussage für die Maßnahmen zur Erinnerung zu machen. Er sagte aber nochmals zu, konkrete Vorschläge, die vom Kultur- und Partnerschaftsausschuss mitgetragen würden, auch finanziell zu unterstützen.

Bezug nehmend auf diese Zusage des Bürgermeisters erklärte Frau Bockmühl, dass damit dem Antrag der SPD-Fraktion Rechnung getragen werde und die Aufnahme von zusätzlichen 10.000 € im Haushaltsentwurf für das Jahr 2013 entfallen könnten.

Herr Beckers ergänzte, dass es im Stadtgebiet Baesweiler durchaus Mahnmale zur NS-Zeit gebe. So befinde sich vor dem jüdischen Friedhof in Setterich ein Mahnmal, auf das nochmals zusätzlich im Rahmen des stadtgeschichtlichen Lehrpfades hingewiesen werde.

Des Weiteren bestehe in Setterich eine von den dortigen Schützen errichtete Mahnkapelle und auf dem Friedhof in Baesweiler eine Friedenskapelle mit eindrucksvollen Fensterbildern. Hier hätte der Geschichtsverein mit großem Erfolg die Öffentlichkeit beteiligt. Er sehe die Geschichtsvereine Baesweiler und Setterich insgesamt auf einem guten Weg.

Herr Geller betonte, dass mit dem Mahnmal am jüdischen Friedhof in den 80er Jahren eine würdige Stätte zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus errichtet worden sei. Die Verwaltung als koordinierende Stelle in Zusammenarbeit mit den Geschichtsvereinen sei auf dem richtigen Weg. Es sei von besonderer Bedeutung, dass die jüngere Generation sich mit dem Thema auseinander setze.

Dr. Linkens stellte fest, dass über die Anträge der SPD-Fraktion hinaus keine weiteren Anträge gestellt wurden.

Herr Beckers erklärte, dass er sich bei der heutigen Abstimmung enthalten werde und die Entscheidung in der Sitzung des Stadtrates treffen werde.

Auch Frau Bockmühl erklärte, dass ihre Fraktion sich in der heutigen Sitzung enthalten werde.

Herr Puhl und Herr Reiprich erklärten die Zustimmung ihrer Fraktion zu dem Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlug dem Rat der Stadt Baesweiler mit 12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen vor, die Haushaltssatzung 2013 mit Plan und Anlagen in der Form des vorliegenden Entwurfes und unter Berücksichtigung der Änderungen gemäß Anlage 1 der Originalniederschrift zu beschließen.

4. Beteiligungsbericht 2013 der Stadt Baesweiler

Gemäß § 117 GO NRW hat die Stadt Baesweiler einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem ihre wirtschaftliche und nicht wirtschaftliche Betätigung zu erläutern ist.

Der Bericht dient der Information der Ratsmitglieder und Einwohner.

Der Beteiligungsbericht ist entsprechend der gesetzlichen Vorgaben erstellt worden und dem Entwurf der Haushaltssatzung beigelegt (Nr. 6.5 des Inhaltsverzeichnis).

Bisher mussten für Unternehmen und Einrichtungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, an denen die Gemeinde mit mehr als 50 % beteiligt ist, die Jahresabschlüsse, Lageberichte und die Berichte über die Einhaltung der öffentlichen Zielsetzungen dem Haushaltsplan beigelegt werden.

Diese Vorgabe ist gemäß Artikel 7 Abs. 1 Buchstabe dd) 1. NKF-Weiterentwicklungsgesetz (NKFWG) entfallen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss schlug dem Stadtrat einstimmig vor, den Beteiligungsbericht 2013 der Stadt Baesweiler zur Kenntnis zu nehmen.

5. Mitteilungen der Verwaltung

Es erfolgten keine Mitteilungen.

6. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Es wurden keine Fragen gestellt.